



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Wahlbewegung in Preußen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Wahlbewegung in Preußen.



ur noch wenige Wochen trennen uns von den Urwahlen für den preußischen Landtag, und die Parteien haben begonnen, ihre Stellung dazu deutlicher kundzugeben. Zunächst haben die Deutschkonservativen, bei denen die Hochkirchlichen den rechten Flügel bilden, einen Wahlaufruf veröffentlicht, von dem man sagen muß, daß er sich geschickt mit der gegebenen Lage der Dinge abzufinden weiß. Er spricht zuvörderst die Befriedigung der Partei über die Verheißung des Kaisers und Königs aus, nach welcher er im Geiste seines verewigten Großvaters zu regieren beabsichtigt, und wendet sich dann zu unsrer großen Freude an die Parteien, die zur Erhaltung eines starken monarchischen Regiments, zur Pflege der Vaterlandsliebe und zur Wahrung christlicher Zucht und Sitte (bei dem Worte „christlich“ darf man wohl an den sehr zeitgemäßen Artikel denken, den die Kreuzzeitung vor kurzem über den bedenklichen Einfluß des Judentums auf unsre Zustände brachte) zusammengetreten waren. „Deutschlands Fürsten, welche sich bei der Thronbesteigung einmütig um Kaiser Wilhelm II. scharten, mögen den preußischen Wählern ein leuchtendes Vorbild rücksichtsloser Hingebung an das Vaterland auch bei der bevorstehenden Wahl sein.“ Das sodann entwickelte Programm erklärt die Gewerbesteuer für veraltet und erhebt gegen die Grund- und Gebäudesteuer den Vorwurf, sie wirkten umso drückender, als der Grundbesitz immer geringere Erträge abwerfe. Die Frage über die Reform der Klassen- und Einkommensteuer wird nur mit der Bemerkung berührt, daß sich das Einschätzungsverfahren als unzureichend erwiesen habe. Dagegen wird eine weitere Entlastung der gemeindlichen Verbände durch Reichshilfe verlangt. Für den Erlaß einer Landgemeindeordnung soll kein Bedürfnis vorliegen. „Die Freiheit der Entwicklung unsrer ländlichen Verhältnisse ist gegenwärtig in keiner Weise behindert; sie ruht vielmehr auf gesunder Grundlage; jedoch soll da, wo Landgemeinden und selbständige Gutsbezirke örtlich

gemeinsame öffentliche Aufgaben zu erfüllen haben, die Möglichkeit geboten werden, auch bei Widerspruch der Beteiligten statutarisch gemeinsame Einrichtungen ins Leben zu rufen." Mit besondrer Spannung erwarteten wir die Auslassungen der konservativen Partei in Bezug auf die Volksschule und die Macht der Kirche. Der Aufruf sagt in diesen Beziehungen: „Die konservative Partei tritt im Interesse der religiös-sittlichen Jugenderziehung und im Anschlusse an die geschichtliche Entwicklung für die konfessionelle Volksschule ein, sie kann aber zu einer gesetzlichen Regelung des Verhältnisses der Kirche zur Schule, wie sie der Antrag der Zentrumsparthei fordert, die Hand nicht bieten. Das Verlangen der evangelischen Kirche nach einer Dotation halten wir, wiederholten Zusagen entsprechend, für ein gerechtes. Ebenso glauben wir, daß der Staat in der Lage ist, solche Wünsche der evangelischen Kirche nach freier Bewegung zu erfüllen, welche durch deren geordnete Organe ausgesprochen worden und ein Zusammenwirken von Staat und Kirche zu fördern geeignet sind.“ Das deutschkonservative Wahlprogramm ist also gemäßigter, als viele erwartet haben werden, und keineswegs von der Art, daß es nicht zur Partei gehörige Wähler abschrecken müßte, dem konservativen Kandidaten seines Wahlkreises, wenn die eigne Partei keine Aussichten hat, seine Stimme zu geben. Überdies soll es den nationalliberalen Wählern in einzelnen Bezirken auch sonst erleichtert werden, für den konservativen Bewerber um das Mandat zu wirken.

Was die Aussichten der Partei betrifft, so scheinen sie in den östlichen Provinzen gut zu sein. Doch wird ein kleiner Ausfall von Stimmen, der hier und da von Wichtigkeit werden kann, wahrscheinlich eintreten, wenn die Berliner Börsen-Zeitung mit der Nachricht Recht hat, daß die Berliner Leitung der antisemitischen Partei beschlossen habe, ihren Mitgliedern in den verschiedenen Wahlkreisen zu empfehlen, sich bei den Abgeordnetenwahlen der Abstimmung zu enthalten. Das Blatt will die Sache „aus einer in diesen Angelegenheiten stets aufs beste unterrichteten Quelle“ haben, giebt aber keinen Grund für diesen Beschluß an, und auch wir vermögen uns ihn nicht zu erklären. Nehmen wir die Nachricht aber als Thatsache an, so hätte sie immerhin einige Bedeutung, wenigstens für die großen Städte. Mögen die Antisemiten, wenn sie als selbständige Partei auftreten und ihre eignen Kandidaten aufstellen, keinen sehr imponirenden Eindruck machen, so können sie da, wo sie sich einer andern Partei anschließen, deren Wählerzahl bedeutend verstärken, ja ihr unter Umständen zum Siege verhelfen. Im sechsten Berliner Wahlkreise z. B. gaben sie über 4000 Stimmen ab, mehr als die hier allerdings schwachen Kartellparteien zusammengenommen, die, wenn die Antisemiten mit ihnen gestimmt hätten, wenigstens stärker gewesen wären als die Deutschfreisinnigen. Bei den vorhergehenden Wahlen standen nun die Antisemiten immer auf der Seite der Konservativen, und es darf vermutet werden, daß deren Kandidaten in einigen Fällen ihren Erfolg ihnen zu verdanken hatten, und so wäre es hier, wenn sie

jetzt nicht zur Urne gingen, nicht unmöglich, daß die Gegenkandidaten siegten, zumal da das Kartell mit den Nationalliberalen zwar nicht geradezu aufgehoben ist, aber doch einigermaßen gelockert erscheint. Es ist also thörichter Parteigeist, wenn die Antisemiten eigne Kandidaten aufstellen, es ist dieselbe Thorheit, wenn sie ihr Wahlrecht nicht benutzen; sie müssen sich am Tage der Wahl, wenn sie verständige Leute sein wollen, einer der großen Parteien anschließen, und von diesen steht ihnen die konservative unbestreitbar am nächsten. Wir empfehlen ihnen daher, wenn jener Beschluß der Führer, sich der Wahl zu enthalten, wirklich gefaßt und als Weisung an die Parteigenossen im Lande ergangen ist, sich die möglichen Folgen desselben ernstlich zu überlegen und sich nicht an ihn zu kehren, sondern wie früher mit den Konservativen zu stimmen.

Wir haben uns in der letzten Zeit vorzüglich mit der Stellung der Mittelparteien, namentlich mit der der Nationalliberalen, zu den Konservativen beschäftigt. Werfen wir jetzt auch einen Blick auf das Verhältnis der politischen Freunde Bennigens und Miquels zu den Deutschfreisinnigen, so ist das Auftreten der letztern von Anfang an derart gewesen, daß von einem Zusammenwirken der beiden Parteien niemals die Rede sein konnte. Die bis zur äußersten Erbitterung gesteigerte Gegnerschaft derselben hatte ihre letzten Gründe aber nicht so sehr in persönlicher Abneigung als in der gänzlich verschiedenen Stellung, die sie zur praktischen Politik und insbesondre zum Fürsten Bismarck einnahmen, indem die Nationalliberalen den Fürsten im Verein mit den Konservativen unterstützten, die Deutschfreisinnigen ihn im Bunde mit andern Gegnern, selbst mit dem Zentrum, nach Kräften beschdten und hinderten. Jetzt scheint sich Nachrichten und Andeutungen zufolge, die sich wiederholen, innerhalb des deutschfreisinnigen Lagers ein Prozeß vorzubereiten oder bereits zu vollziehen, der zu einer Scheidung der in ihm vereinigten Elemente führen könnte. Es ist nicht unbekannt, daß die ehemaligen Sezessionisten, als sie sich der Richterschen Partei anschlossen, nicht völlig in ihr aufgingen, und es ist ebensowenig ein Geheimnis, daß die Führer derselben nicht daran dachten, die Rolle systematischer Opposition für alle Zeiten zu übernehmen, vielmehr der Hoffnung lebten, binnen kurzem an die Regierung zu kommen, Minister, Staatssekretäre, Oberpräsidenten u. s. w. zu werden. Mit andern Worten: wenn sie sich in die Gesellschaft des Führers der grundsätzlichen Bekämpfung der Regierung, sei sie, wie sie wolle, begaben, so geschah es nur auf Zeit, mit stillschweigendem Vorbehalt und in der Voraussetzung, daß dies nichts als ein Übergangszustand sein werde. Diese Hoffnung, die von den Wählern der betreffenden Abgeordneten geteilt wurde, indem sie von ihrer Erfüllung ebenfalls Vorteile, Beförderung im Amte, sonstige Begünstigung persönlicher Interessen, etwa durch Weiterführung der Lasferschen Gesetzgebung u. a. erwarteten, erlosch mit dem Ableben Kaiser Friedrichs für absehbare Zeiten, und so ist es nicht unnatürlich,

wenn, wie versichert wird, „zahlreiche Wähler (von den Führern ist noch nicht die Rede) sich die Fragen vorlegen, ob sie es unter den veränderten Umständen noch verantworten können, eine Partei zu unterstützen, welche die Regierungspolitik in Verbindung mit dem Centrum immer nur bekämpfen wird, oder ob es ihren Überzeugungen (nach dem Obigen richtiger, ihrem persönlichen Bedürfnisse und Vorteilen) nicht besser entspricht, wenn sie sich der gemäßigt liberalen Partei zuwenden und dadurch das Gewicht verstärken, welches diese für die parlamentarische Beeinflussung der Regierung in die Waagschale zu werfen vermag.“ Derartige Betrachtungen scheint man u. a. in verschiedenen Kreisen der deutschfreisinnigen Partei in den östlichen Provinzen angestellt zu haben, und in Königsberg ist man bereits zu darauf gegründeten Beschlüssen hinsichtlich der bevorstehenden Landtagswahl geblieben. Dort vereinigten sich im Februar des letztverfloffenen Jahres schon Konservative, Nationalliberale und eine ansehnliche Zahl verständiger Wähler, die weiter links standen, zur Beseitigung der sozialdemokratischen Vertretung der alten Krönungsstadt, und der Zweck der Verständigung wurde erreicht. Im preußischen Landtage saßen seit lange als Vertreter der Stadt zwei Angehörige der Richterschen Genossenschaft und ein Nationalliberaler. Der letztere, Herr Kieschke, begann in der Zeit, wo sich die Fusion vollzog, zu schwanken und trat schließlich aus dem Verbande der nationalliberalen Partei aus, um sich bald nachher dem der deutschfreisinnigen zuzuwenden. Vor einigen Wochen hat er auch dieser wieder den Rücken gekehrt — wohl ein Zugeständnis, das der offenkundig gewordenen Veränderung in den Meinungen seiner Wähler gemacht worden ist. Jedenfalls wirkte dieser Schritt als abfällige Beurteilung der Partei, welcher der Herr Abgeordnete im Landtage zuletzt angehört hatte, und wurde Veranlassung, daß andre, die an dem radikalen Liberalismus ebenfalls den Geschmach verloren hatten, sich vereinigten und auf die Sammlung von Gesinnungsgenossen zu praktischen Zwecken Bedacht nahmen. Je mehr dies gelang, desto mehr wuchsen Selbstgefühl und Entschlossenheit, und andererseits, je mehr die Führer der Deutschfreisinnigen ihre Stützen zusammenschmelzen sahen, desto eigenständiger hielten sie an ihren Ansprüchen fest — eine Erscheinung, die beiläufig bei dieser Partei so oft beobachtet worden ist, daß sie als Regel zu gelten hat. Damit ist wohl die Thatsache genügend erklärt, daß in der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ jetzt bekannt gemacht wird, die Verhandlungen zwischen den gemäßigten und den radikalen Liberalen seien ohne Ergebnis geblieben, und die andern beabsichtigten angesichts des deutschfreisinnigen Parteitags, der am 8. und 9. d. M. in Königsberg abgehalten werden sollte, demnächst für die Stadt drei Wahlkandidaten ihres politischen Glaubensbekenntnisses aufzustellen. Das hat gewiß nicht bloß für die Hauptstadt Ostpreußens, sondern auch für viele andre Orte der Provinz, denen sie bisher Muster und Vorbild war, seine Bedeutung. Zum erstenmale seit Herr Rickert die Nationalliberalen dieser Gegend zum Abfalle, zum Radikalismus bewogen

hat, geschieht es, daß der Rückweg in das alte Lager ins Auge gefaßt, und daß öffentlich ausgesprochen wird, er solle angetreten werden. Der Terrorismus Richters, der die Partei bisher zusammenhielt, wird weiter geübt, aber nicht mehr, wie bis jetzt, von allen Mitgliedern weiter ertragen werden. Auf alle Fälle ist ein Anfang zum Bessern zu bemerken, der Fortgang hoffen läßt und der nationalliberalen Partei die Aussicht eröffnet, ihre Stützen auch im Osten mit der Zeit wieder in wünschenswertem Maße zu verstärken. Das ist an sich sicherlich recht erfreulich, wenigstens für die Partei als solche: sie gewinnt Stimmen und Mandate und mit diesen äußerlich an Macht und Einfluß. Aber die Sache hat auch ihr Bedenken. Nicht immer ist Wachsen der Zahl auch wahre Stärkung. Die anscheinend Befehrten, welche zu dem alten Panier zurückzukehren Anstalt machen, mögen wirklich ihren Irrtum eingesehen haben, sie können aber auch nur den veränderten Umständen, die sich wieder einmal ändern können, Rechnung getragen haben und, wie man zu sagen pflegt, unsichere Kantionisten sein, mit denen für die Dauer weniger gewonnen als verloren ist, insofern sie die Einheit der Partei stören können, die durch sie allmählich wieder in einen rechten und einen linken Flügel zerfallen kann. Sedenfalls sind sie lange genug in schlechter Gesellschaft gewesen, um solche Befürchtung zu rechtfertigen. Es ist zwar mehr Freude im Himmel über einen Sünder, der Buße thut, als über neunundneunzig Gerechte, und wir wollen uns mehr den Vater als den Bruder des verlorenen Sohnes zum Muster nehmen. Die Nationalliberalen mögen den Zurückkehrenden den Heimweg möglichst erleichtern, aber nicht vergessen, daß Vorsicht geboten ist, und daß keine Opfer an Überzeugungen gebracht werden dürfen. Die wiederkehrenden Sezessionisten werden sich, mag ihre Zahl auch noch so groß sein (wir erwarten für die nächste Zeit nicht, daß sie bedeutend sein wird), der nationalen Idee mit ihren Folgerungen streng unterordnen müssen und nichts von ihrem bisherigen Glauben mitbringen und beibehalten dürfen, wenn sie als nützliches Element wieder in die Partei aufgenommen werden sollen. Ohne Erfüllung dieser Bedingung besser draußen als drinnen. Das verlangt schon die Betrachtung der Sache vom Standpunkte des Parteiinteresses. Noch mehr aber gebietet es das Bedürfnis des Staates und der Nation, denen die Partei, wie sie sich in der letzten Zeit gestaltet hat, mit Aufgebung früherer Ansprüche zu dienen entschlossen ist. Ein Wahlprogramm hat die Partei bis zu dem Augenblicke, in dem wir schreiben, noch nicht veröffentlicht, doch ist der Oberbürgermeister Miquel, jetzt nachdem Bennigsen infolge seiner Ernennung zum Oberpräsidenten von der Parteileitung selbstverständlich zurückgetreten ist, der erste Führer der Genossenschaft, mit der Abfassung eines solchen beschäftigt. Diese Arbeit scheint nicht leicht zu sein. Man befindet sich offenbar in Verlegenheit, für welche Marschrichtung bei der Wahlbewegung man sich entscheiden soll, man ist sich nicht recht klar darüber, welche die meisten Vorteile verheißt und die wenigsten Verluste befürchten

läßt, man weiß nicht ganz sicher, ob Bennigsens Beförderung zu einem der höchsten Ämter der Verwaltung den Beginn einer neuen liberalen Ära bezeichnet, und man ist wohl nicht einmal darüber völlig im Klaren, ob die Regierung, deren Wohlwollen für die Förderung der Zwecke der Partei nicht gut zu entbehren ist, ein selbständiges Auftreten, wodurch die deutschkonservative Partei Verluste erleiden könnte, billigen würde. Von dem Hauptblatte der halbamtlichen Presse ist allerdings zwischen den Konservativen, die aus der Kreuzzeitung und dem Reichsboten reden, und den übrigen ein Unterschied gemacht und erstern vorgeworfen worden, sie hätten für das nationale Bedürfnis keinen Sinn und deshalb keinen Anspruch auf die Leitung der Partei. Indes sind diese Elemente dadurch nicht hinausgedrängt worden, und wenn von Rauchhaupt, der das Kartell mit den Nationalliberalen für überflüssig erklärte, und von Hammerstein, der die evangelische Kirche vom Staate ablösen möchte, den Wahlaufruf der Deutschkonservativen unterschrieben haben, so wissen die Nationalliberalen in der That nicht, wie sie mit der Partei als Ganzes daran sind. Jedenfalls hat sie zwei Seelen, und darnach werden die Nationalliberalen wahrscheinlich ihr Verhalten einrichten.

Die Deutschreisinnigen haben schon am 28. August etwas vom Stapel gelassen, was wie ein Wahlprogramm aussieht, aber ein so schwächliches Machwerk ist, daß es nicht lohnt, es auch nur mit einigen Zeilen zu charakterisiren, zumal da Eugen Richter selbst kurz vorher in seiner Zeitung selbst zugegeben hatte, seine Partei habe im preußischen Landtage nicht viel Ansehen mehr zu verlieren. Ist also die unmittelbar bevorstehende Veröffentlichung des Wahlaufrufs der gemäßigten Liberalen erfolgt, so ist nur noch die Partei mit dem ihrigen im Rückstande, welche die Fraktion des Zentrums ins Abgeordnetenhaus sendet. Sie hat es erfahrungsmäßig mit solchen Dingen nicht eilig, da ihre Losungsworte auf den Katholikentagen und im Verkehr der Pfarrer und Kapläne mit ihren Gemeinden ausgeteilt werden. Ob die große Masse sich dabei etwas denkt und die letzten Zwecke, die der leitende Politiker der Partei im Auge hat, begreift, ist diesem und seinem engern Räte gleichgiltig. Wenn nur in seinem Sinne gewählt wird, und das geschieht und wird so lange geschehen, als es eine im Reiche geeinigte Nation geben wird. Zum Glücke hat diese aber einen breiten Rücken, mit dem sich die Sache ohne viel Not ertragen läßt, wenn die übrigen Parteien fest zur Regierung halten.

